



## Pressemitteilung

Ansbach, 26. Januar 2011

*Bürgerinitiative wendet sich mit Fragenkatalog an Bundestagsabgeordnete:*

20 Punkte sollen Licht ins Dunkel der aktuellen Entwicklungen an der US-Basis Katterbach bringen

*Antworten mit Blick auf Schutz vor Fluglärm, Verkehrsprojekte und Aufrüstung eingefordert*

Der Vorstand der Bürgerinitiative „Etz langt’s!“ (BI) hat jetzt einen Fragenkatalog verabschiedet, der die Grundlage für die Formulierung einer so genannten „Kleinen Anfrage“ mittelfränkischer Bundestagsabgeordneter bilden soll (**siehe Anhang**). „Wir wollen damit Licht ins Dunkel der aktuellen Entwicklungen an den US-Militärbasen Ansbach-Katterbach und Illesheim bringen. Wir wollen Antworten auf Fragen, die den Bürgern seitens US-Armee und deutschen Behörden bislang verweigert wird“, erklärte der BI-Vorsitzende Pfarrer i.R. Hansjörg Meyer bei der Vorstellung.

Der 20 Punkte umfassende Katalog der BI beinhaltet Fragen zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm, der schwelenden Problematik des Staßenbaus in Katterbach und am Urtas sowie zur nach wie vor unklaren Entwicklung weiterer Aufstockung von Truppen und Kampfhubschraubern in Katterbach und Illesheim. So solle die Bundesregierung etwa klären, warum der einstimmige Beschluss des Ansbacher Stadtrats mit Forderung nach einem Überflug- und Nachtflugverbot nicht umgesetzt und der Bundestag und seine Gremien nicht informiert wurden. Zudem will die BI Informationen über die vor der Bundestagswahl versprochenen Fördermöglichkeiten für bauliche Maßnahmen zum Lärmschutz bei Hauseigentümern erlangen.

Überdies solle die Kleine Anfrage dazu dienen, konkrete Aussagen über mittelfristige Verlagerungen von noch mehr Truppen und Hubschraubern im Zuge der Schließung der US-Basis Mannheim zu bekommen, die die US-Armee der Stadt Ansbach derzeit verweigere. Auch betreffs der Ankündigung des Militärs, unbemannte Drohnen in Ansbach zu stationieren, solle die Bundesregierung Stellung beziehen: „Schon die derzeitige Form und Größe der Militärbasis ist in Westmittelfranken mit seiner Siedlungsstruktur hochproblematisch“, machte die BI deutlich. Zusätzlichen Aufrüstungsvorhaben müsse daher „frühzeitig der Riegel vorgeschoben werden“.

Im Bereich der jüngst von der Bayerischen Staatsregierung auf Wunsch der US-Armee als „prioritär“ beantragen Nordumgehung der B14 um die Katterbacher Kaserne sollen Zahlen und Fakten über die Notwendigkeit, die Kosten für die deutschen Steuerzahler, Angaben über den Landbedarf von Privateigentümern und über eine Kostenübernahme des Militärs als Hauptnutznießer der Maßnahme genannt werden. „Es ist nicht hinnehmbar, dass Lobbyismus-Offiziere der US-Armee in München offenbar weiterhin überflüssige Straßenbauprojekte zu Lasten der Bürger durchdrücken“, betonte der BI-Vorstand. Darüber hinaus solle die Bundesregierung die vom Staatl. Bauamt unter Verschluss gehaltenen aktuellen Verkehrszahlen an der B14 im Bereich zwischen Urtas und Katterbach veröffentlichen.

Der BI-Vorstand würdigte die Bereitschaft der die BI unterstützenden Parteien, im Bundestag im Sinne der durch die Militärpräsenz belastete Bevölkerung aktiv vorzugehen und erwartet die Antworten der Bundesregierung auf die „Kleine Anfrage“ bei Ausschöpfung der Fristen im März 2011. Man hoffe, dass „das Abwälzen der Verantwortung für politisch gewollten Fluglärm und militärische Erweiterungen in Ansbach seitens der Verwaltungsebenen von Land und Bund ein Ende nimmt“, machte die BI abschließend deutlich. Das Verstecken hinter dem NATO-Truppenstatut greife hier zu kurz. Für die konkreten Entscheidungswege hinsichtlich der Entwicklungen in Katterbach und Illesheim müsse „Ross und Reiter genannt“ werden.

*gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher*